

Tooze, Adam

**Working Paper — Digitized Version**

**Thesen zur Geschichte des IfK, DIW 1925 - 1945**

DIW Discussion Papers, No. 82

**Provided in Cooperation with:**

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

*Suggested Citation:* Tooze, Adam (1993) : Thesen zur Geschichte des IfK, DIW 1925 - 1945, DIW Discussion Papers, No. 82, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/95763>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



Diskussionspapiere  
Discussion Papers

Diskussionspapier Nr. 82

**Thesen zur Geschichte des  
IfK / DIW 1925 - 1945**

von

Die in diesem Papier vertretenen Auffassungen liegen ausschließlich in der Verantwortung des Verfassers und nicht in der des Instituts.

Opinions expressed in this paper are those of the author and do not necessarily reflect views of the Institute.

# **Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung**

Diskussionspapier Nr. 82

**Thesen zur Geschichte des  
IfK / DIW 1925 - 1945**

von  
Adam Tooze\*

\* London School of Economics

Berlin, November 1993

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin  
Königin-Luise-Str. 5, 14191 Berlin  
Telefon: 49-30 - 82 991-0  
Telefax: 49-30 - 82 991-200

**Adam Tooze (London School of Economics, Department of Economic History,  
Houghton Street, London WC2A, 2AE)**

## **Thesen zur Geschichte des IfK/DIW 1925-1945<sup>1</sup>**

---

Auf Grund der umfangreichen Forschungen von Prof. Krengel wissen wir, daß die Unterlagen über das DIW 1945 fast vollständig verschollen sind.<sup>2</sup> Die Thesen, die in diesem Papier vorgestellt werden, gehen hervor aus einer breit angelegten Untersuchung des Apparates der staatlichen Wirtschaftsbeobachtung - der amtlichen Wirtschaftsstatistik - in Deutschland zwischen den Kriegen. Im Rahmen dieser Forschungsarbeiten, gewissermaßen auf indirektem Wege, ist eine Menge Material gesammelt worden, das neues Licht auf die Geschichte des Instituts wirft.

Dieses neue Material stammt aus den Akten der verschiedensten Stellen, die zwischen 1925 und 1945 mit dem Institut zu tun hatten. Der Natur dieser Quellen folgend, wird sich dieses Papier auf eine Analyse des Verhältnisses zwischen IfK/DIW, Staat und Politik zwischen 1925 und 1945 beschränken.

Das Gerüst der Argumentation bilden vier Fragen, die sich zwangsläufig stellen, wenn man unter diesem Aspekt die Geschichte des Instituts bis 1945 betrachtet:

1. Woher kam der Impuls innerhalb der staatlichen Verwaltung zur Gründung des IfK?
2. Was sind die Gründe für die ungewöhnliche institutionelle Konstruktion des Instituts?
3. Warum wurde die personelle Verflechtung, die das Institut bis 1933 mit dem Statistischem Reichsamte (SRA) verband, in diesem Jahr gelöst?

---

<sup>1</sup> Dieses Papier wurde als Referat am 20.9.93 im DIW vorgetragen. Es beruht auf der Dissertation des Verfassers: "Die Entwicklung der amtlichen Wirtschaftsstatistik in Deutschland 1900-1945" (in Vorbereitung). Die Promotion wird vom Economic and Social Research Council gefördert. Voraussichtliches Abschlußdatum: Winter 1994/1995. Ausführliche Quellenhinweise und Dokumentation können vom Verfasser bezogen werden. Er möchte Dr. Brigitte Preißl für ihre großzügige Hilfe bei der sprachlichen Überarbeitung danken.

<sup>2</sup> R. Krengel *Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung) 1925 bis 1979* (Berlin 1985).

4. Welche Beziehung hatte das IfK/DIW zu dem nationalsozialistischen Regime? Diese Frage zerfällt in zwei weitere Unterfragen:
- a. Wie gestaltete sich die Situation des IfK in den Jahren nach 1933?
  - b. Welche Rolle spielte das Institut in der Kriegswirtschaft, vor allem nach 1942?

**Frage 1: Woher kam der Impuls innerhalb der staatlichen Verwaltung zur Gründung des IfK?**

Aus den überlieferten staatlichen Akten für die Jahre unmittelbar nach 1918 geht hervor, daß die Gründung des IfK auf Bemühungen innerhalb des Reichswirtschaftsministeriums zurückgeht, die seit den frühen zwanziger Jahren darauf zielten, ein rudimentäres Modell zur Diagnose und Prognose volkswirtschaftlicher Prozesse zu entwickeln. Es ist erstaunlich, wie weit diese Experimente schon vor 1925 gediehen waren.<sup>3</sup>

Diese Entwicklung läßt sich an Hand der regelmäßigen Berichte des Reichswirtschaftsministeriums zur wirtschaftlichen Lage, die auf Anordnung des Reichspräsident, Friedrich Ebert seit Frühjahr 1919 monatlich verfaßt wurden, dokumentieren.<sup>4</sup>

Bis Mitte 1921 fehlt in diesen Berichten jeder Hauch einer allgemeineren national-ökonomischen Analyse. Das änderte sich ab Sommer 1921. Aus den Berichten für die folgenden Monate geht hervor, daß das Ministerium bereits über ein primitives Barometer-System verfügte, das einfache Konjunkturdiagnosen und -prognosen ermöglichte. Auf dieser Basis entwickelte es bereits im Herbst 1921 eine genuin antizyklische Politik: Eine Reduzierung staatlicher Ausgaben sollte die Scheinkonjunktur abbremsen. Im Frühjahr

---

<sup>3</sup> Siehe zu diesem Komplex die beiden Aufsätze von P.-C. Witt "Bemerkungen zur Wirtschaftspolitik in der "Übergangswirtschaft" 1918/19, zur Entwicklung von Konjunkturbeobachtung und Konjunktursteuerung in Deutschland." pp. 79-96 in *Industrielle Gesellschaft und politisches System. Beiträge zur politischen Sozialgeschichte. Festschrift für F. Fischer zum 70. Geburtstag.* Hrsg. von D. Stegman u.a. (Bonn 1978) und "Staatliche Wirtschaftspolitik in Deutschland 1918 bis 1923: Entwicklung und Zerstörung einer modernen wirtschaftspolitischen Strategie" pp. 151-179 in *Die Deutsche Inflation. Eine Zwischenbilanz* Hrsg. von G.D. Feldman u.a. (Berlin, 1982).

<sup>4</sup> Diese Berichte liegen gesammelt im Bundesarchiv Koblenz (BAK) R 43 Reichskanzlei I/1147, I/1148 und I/1149 vor.

1922, im Moment der Krise, sollten vorgezogene staatliche Aufträge und Arbeitsbeschaffung die Beschäftigung beleben und unnötige Konkurse verhindern.

Verantwortlich für diese innovativen Analysen des Wirtschaftsministeriums war das spätere Führungsteam im IfK: Leiter der Berichterstattung war höchstwahrscheinlich Ernst Wagemann. Als eigentlicher Verfasser der Analysen kann mit einiger Sicherheit Adolph Löwe gelten.

Im Laufe des Jahres 1923 mußte auf Grund der Inflationswirren die monatliche Berichterstattung unterbrochen werden. Unterdessen wechselte Wagemann mit Löwe ins Statische Reichsamt. Ab Frühjahr 1924 setzten die neu eingerichteten konjunkturstatistischen Abteilungen die innovativen Analysen des Wirtschaftsministeriums fort. Den Berichten, die nun im Quartals-Rhythmus erschienen, wurde zur Einleitung ein allgemein analytischer Abschnitt vorangestellt, der eindeutig aus der Feder von Löwe stammt und stark an das Verfahren des Harvard Committee angelehnt war. Im Vergleich zu den amerikanischen Vorbildern trat in den Analysen des SRA die weltwirtschaftliche Lage stärker in den Vordergrund, und es wurden eine Reihe "realer Indikatoren" berücksichtigt (Beschäftigung, Produktion von Eisen, Stahl und Kohle), die in dem berühmten 3-Barometer-System der Amerikaner ignoriert wurden.

Im Frühjahr 1925 erschien endlich eine ausgedehnte Analyse der weltwirtschaftlichen Lage. Dieser Bericht ist der direkte Vorläufer der ersten Veröffentlichung, die den Namen des IfK trägt, nämlich "Die weltwirtschaftliche Lage Ende 1925".

Kurz gefaßt lautet die Antwort auf Frage 1: Das IfK und seine erste, berühmte Veröffentlichung entstanden keineswegs aus dem Nichts, sondern folgten unmittelbar aus dem Versuch, innerhalb des Wirtschaftsministeriums eine systematische Wirtschaftsbeobachtung mit durchaus wissenschaftlichem Anspruch und mit direkter Politikrelevanz aufzubauen.

**Frage 2: Was sind die Gründe für die ungewöhnliche institutionelle Konstruktion des Instituts?**

Für das Jahr 1925 war das IfK ein recht ungewöhnliches Gebilde: ein großes Forschungszentrum ohne Verbindung zur Universität; eine Forschungseinrichtung, die zwar zu einem Großteil aus staatlichen Mitteln finanziert wurde, an der sich aber auch Industrie, Handel, Banken und die Gewerkschaften beteiligten. Warum wurde diese ungewöhnliche Form für das Zentrum der Konjunkturforschung in Deutschland gewählt?

Darauf zwei Antworten:

1. Das IfK wurde als außeruniversitäre Einrichtung konzipiert, weil sich die etablierte akademische Nationalökonomie im Deutschland der zwanziger Jahre in einer tiefen Krise befand.<sup>5</sup>

Die deutsche Nationalökonomie hatte den Anschluß an die Entwicklung der empirischen Konjunkturanalyse verloren, die vor allem in den Vereinigten Staaten betrieben wurde. Spekulative Theorie ersetzte problembezogene, theoriegeleitete, empirische Detailforschung.<sup>6</sup> Eine permanente Beschäftigung mit den Grundlagen der Disziplin verhinderte allein schon aus forschungsökonomischen Gründen eine systematisch fortschreitende Theoriebildung. Eine großangelegte empirische Erforschung der wirtschaftlichen Dynamik, wie Wagemann sie verlangte und wie sie im Wirtschaftsministerium in Ansätzen schon betrieben wurde, war in diesem Kontext unmöglich.<sup>7</sup> Ein solches Projekt erforderte eine intellektuelle Arbeitsteilung, wie sie schon längst von den Naturwissenschaften verwirklicht worden war.

---

<sup>5</sup> Zum Zustand der damaligen deutschen Nationalökonomie siehe: J.A. Schumpeter "Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart in Deutschland" p. 1-20 in *der Gegenwart* Hrsg. von H. Mayer u.a. Bd. 1 (1927) abgedruckt als pp. 255-284 in *Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart* Hrsg. von H. Mayer u.a. Bd. 1 (1927) abgedruckt als pp. 255-284 in J.A. Schumpeter *Dogmenhistorische und biographische Aufsätze* (Tübingen 1954) und C.-D. Krohn *Wirtschaftstheorien als politische Interessen. Die akademische Nationalökonomie in Deutschland 1918-1933* (Frankfurt a.M. 1981).

<sup>6</sup> Für einen Überblick über die damalige deutsche Literatur zum Konjunkturproblem: A. Spiethoff "Krisen" in *Handwörterbuch der Staatswissenschaften* Bd. 6 (Jena 1925), p. 59 ff und auch A. Löwe "Der gegenwärtige Stand der Konjunkturforschung in Deutschland" pp. 329-377 in *Die Wirtschaftswissenschaft nach dem Krieg. Festgabe für Lujo Brentano zum 80. Geburtstag*. 2. Bd. Hrsg. von M.J. Bonn und M. Palyi (München 1925).

<sup>7</sup> Für Wagemanns Kritik siehe vor allem die Einleitung zu *Konjunkturlehre* (Berlin 1928).

Hier sollte das IfK Abhilfe schaffen. Wie Wagemann in seiner Eröffnungsrede im Sommer 1925 ankündigte, sollte das Institut als Koordinationsstelle für die Konjunkturforschung in Deutschland dienen, in der alle interessierten Einrichtungen kooperieren sollten. Das Institut sollte den wißbegierigen staatlichen Behörden als eine autoritative Anlaufsstelle dienen. Es hatte die Aufgabe, die deutsche Forschung in die internationale "scientific community" einzubinden.

Wie wir wissen, ist dem Institut diese Koordination nur zum Teil gelungen. Hier soll aber nur die These festgehalten werden, daß sich die einzigartige Konstruktion des Instituts als außeruniversitäres Forschungszentrum aus der Krise der zeitgenössischen akademischen Wirtschaftslehre ergab.

2. Das IfK wurde als vom Staat unabhängige Einrichtung mit Beteiligung aller organisierten Interessensgruppen geschaffen, weil es als vermittelndes Glied zwischen der staatlichen Wirtschaftsverwaltung und den organisierten Interessen dienen sollte. Dabei wurden folgende Ziele verfolgt: erstens dem Staat neue Kanäle der Informationsbeschaffung zu öffnen; zweitens, durch die Beteiligung aller möglichen gesellschaftlichen Parteien für Konsens zu sorgen.<sup>8</sup>

Die deutsche Wirtschaft war in bezug auf Wirtschaftsstatistik nach dem ersten Weltkrieg ein gebranntes Kind. Nach 1914 hatten private Firmen unter Zwang das für die staatliche Wirtschaftsplanung unentbehrliche Datenmaterial liefern müssen. Und dieser Schock saß tief in den Gliedern der Industriellen.

Obwohl der Weimarer Staat nach der Abwicklung der Kriegswirtschaft wohlweislich an den Zwangsmitteln für die Beschaffung von Informationsmaterial festgehalten hatte - vor allem an der sogenannten Auskunftspflicht -, konnten diese Mittel aus politischen Gründen nur in Notfällen zum Einsatz kommen. Man war also darauf angewiesen, die Wirtschaft und ihre Verbände durch Überredung und Konsultation zur Abgabe von statistischem Material zu bewegen. De facto mußte aber hingenommen werden, daß eine statistische Erhebung nach der anderen in der

---

<sup>8</sup> Der politische Hintergrund wird beleuchtet in: BAK R 43 I/1135, I/1136 BAK NI 13 Silverberg 225, 226, 259, 330; Bergbau Archiv Bochum 15 523 und 1092; Stiftung Westfälisches Wirtschaftsarchiv K 1 499 und K 1 571; Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv 20 996/3.

ersten Hälfte der 20er Jahre abgebaut, reduziert, umgestellt oder aufgeschoben wurde.

Mitte der zwanziger Jahre fand sich die Wirtschafts- und Arbeitsmarktverwaltung des Weimarer Staates in einer schwierigen Lage. Der Aufbau der amtlichen Statistik litt an der organisierten Verweigerung der Industrie. Gleichzeitig wurde die Öffentlichkeit von einer Welle von rivalisierenden "Experten-Gutachten" überschwemmt, die in durchsichtiger Weise von den Interessen der streitenden Parteien inspiriert waren. Es wurde in der Konsequenz immer schwieriger, auch nur einigermaßen zuverlässige Fakten über die Wirtschaft zu erhalten. Längerfristig konnte in dieser Atmosphäre des gegenseitigen Mißtrauens keine weitblickende Wirtschaftspolitik, geschweige denn eine staatliche Konjunkturforschung und Prognose aufgebaut werden.

In dieser Situation kam dem IfK die Rolle einer vermittelnden Institution zu: Da es keine behördliche Einrichtung war, waren Industrie und Handel bereit, dem Institut Unterlagen zur Verfügung zu stellen, die sie den staatlichen statistischen Stellen verweigerten. Größter Erfolg dieser Politik der indirekten staatlichen Datenbeschaffung - denn angesichts der Tatsache, daß Wagemann und viele seiner Mitarbeiter gleichzeitig Mitglieder des Statistischen Reichsamts waren, handelt es sich um nichts anderes - war der Ausbau der Industriebereichterstattung. Dieses System lieferte ab Herbst 1928 zum ersten Mal einen laufenden statistischen Überblick über die Beschäftigung in der deutschen Industrie.

Die Bandbreite der Interessen, die im Kuratorium vertreten waren, sicherte das Institut gegen die größten Vorwürfe der Befangenheit. Die Arbeiten des Instituts wurden zwar von allen Seiten mißtrauisch verfolgt und in einzelnen Fällen scharf beanstandet, aber erst 1932 - nach Wagemanns konjunkturpolitischer Intervention - wurde die Legitimität des Instituts grundsätzlich in Frage gestellt.

Die breite Koalition hinter dem Institut erwies sich als stabil. Keine der Parteien wollte als erste die Mitarbeit aufkündigen. Die Institutsleitung konnte daher die Gewerkschaften, die ihre Beiträge sehr regelmäßig zahlten, gegen die eher unzuverlässigen Industrieverbände ausspielen. Der Verweis auf einen möglichen

Ausschluß der Industrie aus dem Kuratorium des Instituts reichte, um den Reichsverband der deutschen Industrie und seine Fachverbände zur Zahlung der ausstehenden Summen zu bringen. Die Möglichkeit, daß auf diesem Wege die Arbeiterbewegung eine dominante Stimme in dem einflußreichsten Institut der deutschen Wirtschaftsforschung gewinnen könnte, galt der Industrie als zu ernste Bedrohung ihrer wirtschaftspolitischen Interessen.

### **Frage 3: Warum kam es 1933 zur Trennung des IfK vom Statistischen Reichsamt?**

Was gibt es zu diesem Thema wesentlich Neues zu sagen? Der Ausgangspunkt ist nach wie vor die Tatsache, die Professor Krenzel zum ersten Mal belegen konnte, nämlich, daß Ernst Wagemann nicht primär ein Opfer der Nationalsozialisten war. Wagemann wurde von Alfred Hugenberg gefeuert, der als Führer der Deutschen Nationalen Volkspartei in den ersten Monaten der Hitler-Koalition das Amt des Reichswirtschaftsministers bekleidete. Die Gründe für Wagemanns Entlassung sind daher nicht in der Machtergreifung selbst zu suchen, sondern in der Feindschaft konservativer Wirtschaftskreise, von Teilen der Wirtschaftspresse und großer Teile der orthodoxen Lehrmeinung, die Wagemann durch seine Vorschläge für eine Kreditreform 1932 wie kein anderer auf sich gezogen hatte. Im Sommer 1933 wurde Wagemann dennoch in seinem Posten als Leiter des IfK mit der Unterstützung der nationalsozialistischen Nachfolgeorganisation der freien Gewerkschaften, der Deutschen Arbeitsfront (DAF), bestätigt. So wurde der Fortbestand des Instituts nach 1933 mit nationalsozialistischer Unterstützung gesichert.

Ein Studium der Akten der Reichskanzlei und eine ausführliche Auswertung von zeitgenössischen Presseberichten vertiefen diese ursprüngliche Einsicht:

Bei einer Analyse der Tagespresse fällt auf, daß Wagemanns Entlassung mit Verwirrung aufgenommen wurde.<sup>9</sup> Wagemann war jemand, von dem man eine große Karriere im Nationalsozialismus erwartete. Er hatte in der zweiten Hälfte des Jahres 1932 eine politische Wanderung nach rechts angetreten. Anfang 1933 wurde er sogar als möglicher Nachfolger von Luther als Präsident der Reichsbank gehandelt. Seine Entlassung kam dementsprechend überraschend.

---

<sup>9</sup> Der Potsdamer Archivbestand BAP 62 DAF 3 ermöglicht eine umfassende Analyse von Pressemeinungen zum Thema Wagemann.

Es ist wohl auch signifikant, daß die Reaktion auf Wagemanns Entlassung in der Tagespresse gespalten ausfiel. Die Nazi-Presse neigte dazu, seine Amtsenthebung als Alleingang Hugenberg zu verurteilen. Die konservativen Blätter dagegen frohlockten. Man hoffte, daß mit Wagemanns Entlassung die neue Regierung ein Zeichen im Sinne einer liberalen Wirtschaftspolitik gesetzt habe.

Wagemann scheint gespürt zu haben, daß er zumindest Teile der öffentlichen Meinung für sich hatte. Er nahm seine Entlassung nicht einfach hin sondern wandte sich mit mehreren persönlichen Schreiben an den "Führer".<sup>10</sup> Er empfahl sich darin als getreuen Vertreter nationalsozialistischer Ideen und erinnerte an eine frühere persönliche Unterredung der beiden. Was wirklich erstaunt, sind weniger die Existenz dieser Bittschriften als die prompte und energische Reaktion der Reichskanzlei auf Wagemanns Proteste. Hugenberg wurde gezwungen, eine Untersuchung unter Anhörung sämtlicher Direktoren des SRA durchzuführen, und Wagemann wurde das Recht eingeräumt, auf alle Anschuldigungen zu antworten. Das Amt war für Wagemann trotzdem verloren, die Verbindung des IfK zum staatlichen statistischen Apparat war damit gekappt.

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die Reichskanzlei - mit anderen Worten Hitler - sich wohl um sehr wenige der 1933/34 aus politischen Gründen entlassenen Beamten so gekümmert hat wie um Wagemann.

Im Mai 1933 hat Wagemann seine Verbindungen zur Partei fester geknüpft. Er trat von seinem Posten als Reichswahlleiter zurück und sofort in die NSDAP ein - aus Gründen politischer Neutralität war ihm in den Jahren davor jegliche Parteimitgliedschaft verboten gewesen.<sup>11</sup> Im gleichen Monat erhielt er eine Audienz bei Hitlers Stellvertreter Hess, und es wurde entschieden, daß mit Hilfe der Deutschen Arbeitsfront das IfK mit Wagemann an der Spitze erhalten bleiben sollte. Mit den Stimmen der Nationalsozialisten und gegen das Votum des RWM wurde Wagemann im Juli 1933 als Leiter des IfK bestätigt.

---

<sup>10</sup> Der Vorgang "Wagemann" wird in der Akte BAK R 43 II/1157e behandelt.

<sup>11</sup> Wagemann's Mitgliedschaft in der NSDAP läßt sich aus zwei Quellen zweifelsfrei belegen: 1. Berlin Document Centre; 2. Archiv der Humboldt-Universität. Er trat im Mai 1933 in die Partei ein, mit der Mitgliedsnummer 3078159. Außerdem war er Mitglied der SA-KWB II/28 (ab September 1933) und der BNSDJ (ab Oktober 1933).

Als Fazit: Wenn sich die Nationalsozialisten in der rechtskonservativen Koalition, die am 30. Januar 1933 in Deutschland die Macht übernahm, nicht als die dominierende Partei erwiesen hätten, wäre es um Wagemann und auch um das Institut für Konjunkturforschung übel bestellt gewesen. Erst mit dem Rücktritt Hugenburgs und der Gleichschaltung des RWM unter Schacht konnte die Zukunft Wagemanns und des Instituts als gesichert gelten.

Der öffentliche Kampf, der 1932 um Wagemann und das Institut tobte, findet unter anderem bei Professor Kregel eine sehr anschauliche Darstellung.<sup>12</sup> Was weniger bekannt ist und bisher noch nicht erforscht wurde, ist, daß sich auch hinter der Szenerie, innerhalb des Behördenapparats, eine Front gegen Wagemann und das IfK gebildet hatte.

Die Kritik von seiten der staatlichen Bürokratie richtete sich vor allem gegen die Aufblähung des Statistischen Reichsamts unter der Führung Wagemanns. Sie wurde ausführlich von dem 1930 einberufenen Ausschuß zur Untersuchung des statistischen Dienstes, der sogenannten Dernburg-Kommission, und dann in einem Gutachten des Reichssparkommissars 1932 formuliert.<sup>13</sup> Der Kern dieser Kritik war die These, daß die Wissenschaftler des IfK durch die Personalunion mit dem SRA zu mächtig geworden seien. Die Statistik, die traditionell als Instrument der Verwaltung betrachtet wurde, war nach Meinung der Beamten unter dem Einfluß wissenschaftlicher Erkenntnisinteressen unnötig ausgeweitet und präzisiert worden. Ihre Kritik richtete sich auch gegen die immer größere Rolle, die von Expertenwissen in den hoheitlichen Entscheidungen des Staates gespielt wurde. Beide, die Dernburg-Kommission und der Reichssparkommissar, kamen übereinstimmend zu dem Ergebnis, daß eine Trennung der amtlichen Statistik von der wissenschaftlichen Arbeit des IfK so bald wie möglich vollzogen werden sollte.

Wagemanns Reaktion auf diese Untersuchungen war offensiv. Die Dernburg-Kommission ließ er mit riesigen, scheinbar unwiderlegbaren Gutachten über die Dringlichkeit jeder einzelnen Statistik totschiessen. Er ging noch weiter, indem er vorschlug, die gesamte deutsche Statistik unmittelbar dem Statistischen Reichsamt und dem IfK zu unterstellen.

---

<sup>12</sup> Siehe auch C.-D. Krohn *Wirtschaftstheorien als politische Interessen. Die akademische Nationalökonomie in Deutschland 1918-1933* (Frankfurt a.M. 1981) p. 157 ff.

<sup>13</sup> BAP 39.01 10683 No. 28 ff Bericht über die Untersuchungsergebnisse der Kommission zur Nachprüfung des statistischen Dienstes.

Das genügte, um jede weitere Diskussion über Rationalisierungsmaßnahmen im statistischen Dienst vorerst zu stoppen.<sup>14</sup>

Aber Wagemann beließ es nicht bei dieser Abwehrstrategie. Er pokerte höher. Er schlug vor, den zentralisierten statistischen und Forschungs-Apparat nicht mehr dem Reichswirtschaftsministerium, sondern als Stabsabteilung der Reichskanzlei direkt anzugliedern. Durch die Kontrolle des Informationsflusses an die Entscheidungsspitze der Politik hätte sich das SRA/IfK zur zentralen Instanz der Wirtschaftspolitik machen können. Wagemann zögerte auch nicht, diese Pläne über den Kopf des Wirtschaftsministerium hinweg direkt an Brüning heranzutragen.<sup>15</sup> Damit hatte er natürlich, ganz abgesehen von seinen konjunkturpolitischen Auftritten im Laufe des Jahres 1932, jede Sympathie bei seinen Vorgesetzten im Wirtschaftsministerium verscherzt.

Vor diesem Hintergrund erscheinen dann die Ereignisse der ersten Hälfte von 1933 wiederum in einem anderen Licht. Anfang des Jahres spielte man in Hitlers Reichskanzlei noch mit der Idee, vielleicht doch Wagemanns Vorschlag einer Angliederung des SRA/IfK aufzunehmen. Letztlich setzte sich dann aber bei den Behörden die Erkenntnis der notwendigen Trennung zwischen Politik und Wissenschaft durch. Wagemanns Plan wurde endgültig abgelehnt, und damit war er den wenig freundlich gestimmten Beamten im Wirtschaftsministerium ausgeliefert.

Der Sommer 1933 brachte die endgültige Trennung von wissenschaftlichen und politischen Institutionen, die bereits seit 1930 von den Sparexperten der Verwaltung angestrebt wurde. Das kann auch als Reaktion auf den aggressiven Versuch Wagemanns gedeutet werden, das Gegenteil zu verwirklichen, nämlich die Fusionierung von wissenschaftlichem Forschungszentrum und politischer Entscheidungszentrale in der Reichskanzlei selbst. Durch die politischen Ereignisse der Machtergreifung hindurch läuft also ein Prozeß der Klärung eines untragbar gewordenen Verhältnisses zwischen staatlicher Verwaltung, Politik und institutionalisierter Wirtschaftsforschung.

---

<sup>14</sup> Über diese bürokratischen Machtkämpfe wird in BAP 23.01 2234 berichtet.

<sup>15</sup> BAK R 43 I/965.

Das neue, distanzierte Verhältnis zwischen Institut und staatlichen Behörden wurde nach 1933 konsolidiert. Der Hauptsponsor des Instituts in den ersten Jahren des nationalsozialistischen Regimes war die DAF, der jeder offizielle Charakter seitens der Behörden rigoros abgestritten wurde. Im Laufe von 1933/34 einigten sich die Ministerien darauf, nur noch über die Vergabe von Aufträgen und nicht mehr durch direkte Einflußnahme über das Kuratorium, die Arbeit des DIW zu steuern.<sup>16</sup> Und damit kommen wir zur 4. Frage.

**Frage 4: Welche Beziehung hatte das IfK/DIW zu dem nationalsozialistischen Regime nach 1933?**

Zur Einleitung in dieses schwierige Thema, sollte betont werden, daß es falsch ist, der nationalsozialistischen Führung eine prinzipielle Ablehnung sozialwissenschaftlicher Rationalität zu unterstellen. Die NSDAP war sicherlich ein Sammelbecken atavistischer, reaktionärer und irrationaler Strömungen. Aber, wie die neuere historische Forschung belegt hat, trug die Bewegung auch durchaus modernistische und technokratische Züge.<sup>17</sup>

Dem Glauben, es habe einen Widerspruch zwischen nationalsozialistischer Ideologie und innovativer, sogar progressiver empirischer Wirtschaftsforschung gegeben, widerspricht allein schon die Tatsache, daß im Jahre 1933 Ferdinand Grünig als Leiter der Abteilung für Zentrale Wirtschaftsbeobachtung im Stab des Stellvertreters des Führers tätig war. Leiter dieses Stabes war Bormann, dessen Chef wiederum Rudolf Hess. Grünigs unmittelbarer Vorgesetzter war der Münchener Industrielle Ferdinand Pietzsch, der zu Hitlers engsten Beratern in Wirtschaftsfragen zählte und der später zum Präsidenten der Reichswirtschaftskammer ernannt wurde.<sup>18</sup> Unter seiner Protektion hat Grünig an seinen bahnbrechenden Forschungen zum Wirtschaftskreislauf gearbeitet, die alle wesentlichen Elemente der Keynesianischen Makroökonomik vorwegnehmen.

---

<sup>16</sup> BAK R 41/799.

<sup>17</sup> *Nationalsozialismus und Modernisierung* Hrsg. von M. Prinz und R. Zitelmann (Darmstadt 1991).

<sup>18</sup> M. Broszat *Der Staat Hitlers* (München 1992, 13. Auflage), p. 78.

Im Herzen der nationalsozialistischen Partei floß also eine der innovativsten Strömungen der damaligen Wirtschaftsforschung in Deutschland, wahrscheinlich sogar der Welt.<sup>19</sup>

**Frage 4.a: Wie gestaltete sich die Situation des IfK in den Jahren nach 1933?**

Auch die Interpretation der Situation des IfK nach 1933 muß gegenüber früheren Darstellungen revidiert werden: Wissler zeichnete in seiner Kurzbiographie ein Bild von Wagemann nach 1933 als gebrochenem Mann, vom Institut als führungslos treibend in einer feindlichen Umwelt.<sup>20</sup> Man mag das im Institut so empfunden haben. Aus den Berichten von Behörden, die mit Wagemann und dem IfK zu tun hatten, und auch auf Grund von zeitgenössischen Presseberichten kommt man aber zu einer anderen Einschätzung.

Das Institut blieb auch nach 1933 unangefochten die führende Stelle für Wirtschaftsforschung in Deutschland. Belegbare ideologische Beeinflussungsversuche fanden erst gegen Ende 1935 statt. Sie blieben sporadisch, indirekt und insgesamt wenig wirksam. Von einer systematischen Gleichschaltung kann nicht gesprochen werden.

Was die Person Wagemanns angeht, war er in den ersten Jahren des Dritten Reiches ganz und gar nicht *Persona non grata*. Er trat als gesuchter Redner auf Parteiveranstaltungen auf. Er wurde vom Propagandaministerium auf Auslandsreisen geschickt. Seine Äußerungen wurden bis in die höchsten Stellen der Wirtschaftspolitik hinein mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Im Herbst 1936 wurde er als einziger außenstehender Ökonom zu hoch geheimen Diskussionen der Währungs- und Handelspolitik herangezogen.<sup>21</sup> Trotz zunehmender Distanz zum Regime blieb Wagemann bis zu den letzten Monaten des Krieges ein gerissener bürokratischer Kämpfer, der das Interesse seines Instituts mit List und Geschick im Gestrüpp der nationalsozialistischen Herrschaft durchzusetzen wußte.

---

<sup>19</sup> Das steht nicht notwendigerweise im Widerspruch zu Hitlers Geringschätzung der etablierten Nationalökonomie. Grünig war ausgebildeter Ingenieur, nicht Ökonom, und konnte sich als Praktiker im Gegensatz zu herrschenden spekulativen Theorie darstellen. Zu Hitlers Meinung über die Nationalökonomie siehe R. Zitelmann *Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs* (Stuttgart 1987), p. 231 ff.

<sup>20</sup> A. Wissler *Ernst Wagemann: Begründer der empirischen Konjunkturforschung in Deutschland*. DIW-Sonderhefte Nf. Nr. 26. (Berlin 1954)

<sup>21</sup> Zentralen Staatsarchiv der Sowjetunion, Sonderarchiv MA 700 1/2.

#### 4.a.1 Das Schicksal der Konjunkturforschung nach 1933:

Sicherlich starb das wissenschaftliche Projekt der Konjunkturforschung, wie es in den zwanziger Jahren verstanden wurde, im Laufe der dreißiger. Aber dies war eine allgemeine Erscheinung. Auch in den USA hatten sich die Methoden des Harvard Committee und die Versuche einer dynamischen Wirtschaftsanalyse vorerst diskreditiert. Das Interesse der wissenschaftlichen Welt verschob sich ganz allgemein in Richtung Einkommensrechnung und volkswirtschaftlicher Bilanzen, die zwar nicht die immanente Dynamik der Konjunkturschemata aufwiesen, dafür aber eine tiefgreifende Analyse des Wirtschaftskreislaufes ermöglichten.

Um den Niedergang der Konjunkturforschung als wissenschaftliches Programm zu erklären, ist es also gar nicht nötig, auf einen direkten, ideologisch bestimmten Eingriff des nationalsozialistischen Regimes in die deutsche Wirtschaftsforschung zu verweisen. Soweit bisher festgestellt werden konnte, kam es vor der zweiten Hälfte 1935 auch nicht zu einem solchen Eingriff:

Wagemann nahm in Laufe von 1933 und 1934 seine umstrittenen Pläne für eine Reform des Kreditwesens wieder auf. Er wurde dafür von der konservativen Presse wie gewohnt attackiert. Von einem Angriff seitens der Partei ist aber keine Spur zu finden. Ganz im Gegenteil! Von einigen Organen der Nazi-Presse wurde Wagemann als Parteimitglied und als Vordenker interventionistischer Strategien in Schutz genommen. Diesmal waren es die konservativen Zeitungen, die sich gegen den Vorwurf wehren mußten, sie tradierten reaktionäres, liberales Gedankengut. Man unterstellte ihnen sogar, daß sie mit ihrem Angriff auf Wagemann einen geistigen Sabotageakt gegen die Wirtschaftspolitik des Regimes intendiert hatten.<sup>22</sup> Bis Mitte 1935 kann also keine Rede sein von einer öffentlichen Front gegen Wagemann und die Konjunkturforschung.

Politisch brisant wurden die Analysen des Instituts erst in der zweiten Hälfte von 1935. Weite Teile der Wirtschaftspresse in Deutschland - wie übrigens auch im Ausland - beschäftigten sich damals mit der Frage, ob der Aufschwung, der jetzt schon zwei Jahre

---

<sup>22</sup> Pro-Wagemann: *Deutsche Sparkassen Zeitung* Nr. 49 v. 14. April 1934 und Nr. 51 v. 17. April 1934; *Berliner Tageblatt* Nr. 180 v. 17.4.1934; *Wirtschaftlicher Teil der Deutschen Zeitung* Nr. 882 v. 15. April 1934. Anti-Wagemann: *Deutsche Allgemeine Zeitung* Nr. 175 v. 16.4.1934 und Nr. 187 v. 19.4.1934

anhielt, nicht zwangsläufig in einer "Reinigungskrise" münden müßte und wie die herrschende Staatskonjunktur in eine Privatkonjunktur umgelenkt werden könnte.<sup>23</sup> Anzeichen für einen neuen Einbruch waren in den Vereinigten Staaten klar zu erkennen. Auch Deutschland steuerte Mitte 1935 in seine erste große Devisenkrise.

In dieser Situation trat das Institut mit einer Analyse in die Öffentlichkeit, die die Beschränktheit des privaten Kapitalmarktes aufzeigte und offen die Wahrscheinlichkeit eines Einbruchs im kommenden Jahr darlegte. Derartige Prognosen hatten im Herbst 1935 eine breite Resonanz. Prominente Stahlindustrielle griffen die Thesen des Instituts freudig auf.<sup>24</sup> Eine große Tagung der DAF, bei der Wagemann als Hauptredner auftrat, bot ihm die Gelegenheit, seine pessimistischen Prognosen auch unter die Parteigenossen zu bringen.<sup>25</sup> Für große Teile der informierten Öffentlichkeit war das Konjunkturschema offenbar zum selbstverständlichen Teil des alltäglichen Wirtschaftsverständnisses geworden.

Gegen diese nachhaltige Popularität konjunkturtheoretischer Vorstellungen mußte der Propagandaapparat der Nazis angehen, vor allem, weil die öffentliche Auseinandersetzung um die Zukunft der Konjunktur ihre Entsprechung fand in Machtkämpfen, die hinter der monolithischen Fassade des Nazi-Regimes tobten. Seit Winter 1935-6 verlangten Schacht (Wirtschaftsminister und Präsident der Reichsbank) und Finanzminister von Krosigk eine Exportoffensive und eine Einschränkung staatlicher Ausgaben. Implizit bedeutete das eine zumindest vorübergehende Mäßigung des Programms der Wiederaufrüstung. Die Parteiführung forderte dagegen die Fortführung der Rüstungskonjunktur.<sup>26</sup>

Im Kontext dieser Machtkämpfe begannen 1935 die Angriffe auf das IfK, den Begriff der Konjunktur und die Prinzipien der Konjunkturforschung überhaupt. Es läßt sich bisher nicht

---

<sup>23</sup> Z.B. *Berliner-Tageblatt*, *Handels-Zeitung* Nr. 270 v. 9.6.1935, *Berliner Börsen-Courier* Nr. 541 v. 17.11.1935, *Die Deutsche Volkswirtschaft* Nr. 21 20.7.1936.

<sup>24</sup> Sehr aufschlußreich ist der Bericht in der *Wiener Neue Freie Presse* Nr. 25593 M v. 10.12.1935.

<sup>25</sup> BAK RAM R 41 / 23a No. 1 "Protokoll über die Arbeitstagung der Reichsarbeitskammer am 28. November 1935".

<sup>26</sup> Zu den Machtkämpfen in der Wirtschaftspolitik siehe D. Petzina *Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan (1936-1942)* (Stuttgart 1968).

rekonstruieren, wer für die Entscheidung verantwortlich war, das ideologische Feuer auf Wagemann zu eröffnen. Die Linie für alle Presse-Kritik lieferte jedenfalls der wirtschaftswissenschaftliche Chefideologe und Leiter der parteiinternen Kommission für Wirtschaftspolitik, Bernhard Köhler, der das Konjunkturschema als liberalistische, mechanistische Verkennung des Primats der Politik verwarf.<sup>27</sup> Mit wenigen Ausnahmen war jedoch der Ton der Kritik maßvoll. Von niemandem wurde der Wert der Arbeiten des Instituts prinzipiell in Frage gestellt, geschweige denn sein Existenzrecht. Wagemann und dem Institut blieb nach wie vor die Möglichkeit, auf ihre Kritiker zu antworten.

Ende 1936 flaute die öffentliche Diskussion ab. Der erwartete wirtschaftliche Rückschlag trat nicht ein. Die Umwandlung der Wirtschaft in eine Zwangswirtschaft wurde immer offensichtlicher, der Begriff der Konjunktur dadurch tatsächlich zum Anachronismus. Aber er hielt sich trotzdem hartnäckig in der Sprache der Öffentlichkeit wie auch in den öffentlichen Reden der Naziprominenz, allen voran Göring.<sup>28</sup>

Das Fazit: Als wissenschaftliches Projekt starb die Konjunkturforschung in den 30er Jahren primär an natürlichen Ursachen, nicht an einer Überdosis nationalsozialistischer Ideologie. Der Versuch, durch orchestrierte Kritik an Wagemann und der Methodologie des Instituts den Konjunkturbegriff aus der öffentlichen Diskussion zu vertreiben, flankierte die endgültige Entscheidung im Sommer 1936 gegen eine liberale Wirtschaftspolitik und für die Radikalisierung der nationalsozialistischen Autarkiebestrebungen. Die propagandistischen Begleiterscheinungen spiegeln weniger die totalitäre Macht des Regimes als seine innere Zerstrittenheit. Sie reflektieren vor allem die hartnäckige Weigerung einflußreicher Teile der Öffentlichkeit, an den langfristigen Erfolg nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik zu glauben.

#### **4.a.2 Strukturelle Abhängigkeiten:**

Wesentlicher für die Entwicklung des Instituts nach 1933 als die Versuche einer direkten ideologischen Beeinflussung waren die Abhängigkeitsverhältnisse, die die neue Stellung des IfK als vom Staat losgelöstes Forschungszentrum mit sich brachte. Paradoxerweise brachte

---

<sup>27</sup> Z.B.: *Braune Wirtschaftspost* Nr. 29 v. 16.1.1936; *National-Zeitung* Nr. 271 v. 2.10.1936; *Braune Wirtschaftspost* Nr. 5 1.8.1936; *Die Deutsche Volkswirtschaft* Nr. 22 v. 1.8.1936.

<sup>28</sup> Siehe die Kritik in *Die Deutsche Volkswirtschaft* Nr. 1 v. 1.1.1939.

die Trennung vom staatlichen Apparat, die unter anderem ja als Institutionalisierung der Unabhängigkeit der Forschung betrieben worden war, eine viel klarere Abhängigkeit von den Auftraggebern bei der Beschaffung von Geldmitteln und Daten. Vorbei waren die Zeiten, in denen Wagemann die reichlichen finanziellen und informatorischen Mittel des Statistischen Reichsamtes zugunsten des Instituts anzapfen konnte.

An Geld fehlte es freilich nicht. Die finanzielle Kontrolle über den Staatshaushalt des Dritten Reichs war ausgesprochen locker. Mit dem Ausbau der staatlichen Wirtschaftslenkung entstand eine reißende Nachfrage nach den Ergebnissen empirischer Wirtschaftsforschung. Es entstand gleichzeitig eine heftige Konkurrenz um entsprechend qualifizierte Fachkräfte. Wagemann hat durch eine großzügige Gehaltspolitik das Personal des Instituts bis 1939 auf 150 Personen aufgestockt und damit gegenüber dem Stand der zwanziger Jahre verdreifacht. Das allein stellt eine enorme unternehmerische Leistung da.

Diese Expansion deutet schon darauf hin, daß sich das Institut der Nachfrage nach Expertisen geschickt anzupassen mußte. Zum Beispiel trat die regionale Wirtschaftsforschung stärker in den Vordergrund.<sup>29</sup>

Immer problematischer wurde dagegen der Zugang zu zuverlässigen statistischen Daten. Das Institut mußte beim SRA um Daten betteln gehen und wurde nicht gerade großzügig behandelt. Nach 1935 traten Abwehrgesichtspunkte bei allen Behörden in den Vordergrund. Es grassierte die Geheimniskrämerei, die durch die wachsende Rivalität der staatlichen Stellen verstärkt wurde. Das öffentliche Informationsangebot wurde systematisch zurückgeschraubt. Die Weitergabe von Wirtschaftsdaten an Forschungsinstitute wurde 1936 ausdrücklich gleichgestellt mit der Veröffentlichung und wurde als fahrlässiger Landesverrat geahndet.<sup>30</sup> Hieraus erwuchs für ein Institut wie das IfK eine geradezu existentielle Bedrohung. Nur durch einen ständigen Fluß staatlicher Forschungsaufträge konnte sich das Institut Zugang zu den sonst geheimen Statistiken sichern.

---

<sup>29</sup> Im Rahmen dieser Schwerpunktverlagerung erfolgte auch der Ausbau der regionalen Außenstellen des IfK, ein Thema, das in der Dissertation des Verfassers ausführlich behandelt werden wird.

<sup>30</sup> Siehe die Dissertation des Verfassers.

Fazit: Ende der dreißiger Jahre war das Institut, trotz seiner formell größeren Unabhängigkeit vom staatlichen Apparat, de facto wie nie zuvor abhängig vom Staat. Es finanzierte seine großzügige Expansion vor allem durch Auftragsarbeiten. Der Mangel an wissenschaftlichen Fachkräften und Statistikern auf dem Arbeitsmarkt verlangte eine großzügige Gehaltspolitik, was die finanzielle Abhängigkeit des Instituts steigerte. Der diktatorische politische Kontext machte sich vor allem dadurch bemerkbar, daß der essentielle Rohstoff jeder Wirtschaftsforschung, statistische Daten, nur durch möglichst große Nähe zur Macht zu bekommen war.

Die Quellen werden zum Ende der dreißiger Jahre immer spärlicher. Die Argumentation macht deshalb einen Sprung in das Jahr 1942 und kommt damit zur letzten Teilfrage.

**Frage 4.b: Welche Rolle spielte das Institut in der Kriegswirtschaft nach 1942?**

**4.b.1 Die Beziehung zum Ministerium Speer:**

Mit der Bildung des Ministeriums für Bewaffnung und Munition im Frühjahr 1940 unter der Führung von Fritz Todt war die Grundlage für die Zentralisierung der deutschen Kriegswirtschaft gelegt. Als im Februar 1942 Todt von Speer beerbt wurde, sollte dieses Potential realisiert werden. Bald wurde man sich im Ministerium Speer bewußt, daß nur mit einem gut arbeitenden Berichtswesen eine zentrale Leitung der Wirtschaft möglich war. Rudolf Schmeer wurde daraufhin zum Generalbevollmächtigten für das Berichtswesen ernannt.<sup>31</sup>

Der statistische Apparat befand sich im dritten Kriegsjahr in einem miserablen Zustand. Das Statistische Reichsamt war nach dem Weggang Wagemanns ohne entschlossene politische und wissenschaftliche Führung. Es erwies sich als unfähig, sich auf die neue Rolle der Statistik als Planungsinstrument auf allen Ebenen der Wirtschaftsverwaltung einzustellen. Das statistische Erhebungswesen, das in den zwanziger Jahren mühsam zentralisiert worden war, verzettelte sich. Wiederholte Reformbemühungen scheiterten vor allem an der mangelnden wissenschaftlichen Führung. Man fand keinen Ersatz für die Orientierung, die

---

<sup>31</sup> G. Janssen *Das Ministerium Speer. Deutschlands Rüstung im Krieg* (Berlin 1968).

in den 20er Jahren von Wagemann und dem Konjunkturforschungsinstitut ausgegangen war.<sup>32</sup>

Um das verworrene und innerlich zerstrittene statistische System zu entflechten und systematisch auf die Zwecke der Wirtschaftsplanung auszurichten, benötigten Speers Mitarbeiter einen externen Berater. Für diese Aufgabe war das DIW<sup>33</sup> die offensichtlich kompetente Stelle. Keine andere Institution bündelte so viel wissenschaftliche und technische Fachkompetenz in Sachen Wirtschaftsstatistik und vor allem Industriestatistik. Rolf Wagenführ, Leiter der Industrieforschung im DIW, wurde im Herbst 1942 zum Leiter der Hauptabteilung Planstatistik im Planungsamt des Ministerium Speers.

Diese Allianz hatte nichts Zwangsläufiges. Vielmehr ist sie zu einem großen Teil das Resultat einer bewußten Strategie des Instituts, über das Ministerium Speer wieder an die Spitze des staatlichen statistischen Apparats zu gelangen. Diese Behauptung läßt sich auf Grund einiger interner Dokumente des Instituts belegen, die sich in den Akten des Planungsamtes befinden.

Der Einstieg des DIW in das Ministerium Speer gelang - so absurd es klingen mag - über die graphische Abteilung des Instituts. Der zukünftige Leiter des Planungsamtes im Ministerium Speer, Hans Kehrl, wurde mit einer graphischen Übersicht über die neue und ausgesprochen unübersichtliche Organisation der Kriegswirtschaft geködert.<sup>34</sup>

Die Motivation für eine möglichst enge Zusammenarbeit mit dem Planungsstab des Ministerium Speer geht aus einem Bericht, den Rolf Wagenführ Ende 1942 für Wagemann verfaßte, klar hervor. Darin heißt es:

"Abgesehen von den finanziellen Vorteilen, die das DIW aus der Zusammenarbeit mit Präsident Kehrl zieht, erheben sich vor allem folgende Gesichtspunkte:

1. Die Fühlungnahme mit den Lenkungsstellen der gewerblichen Wirtschaft und mit der gewerblichen Wirtschaft selbst werden aufs äußerste intensiviert. Früher bestand zu den Reichsstellen, die ja die einzelnen Lenkungsbereiche verantwortlich leiten, praktisch

---

<sup>32</sup> Die Entwicklung der amtlichen Wirtschaftsstatistik nach 1933 wird in der Dissertation des Verfassers ausführlich dargestellt werden.

<sup>33</sup> 1941 hatte man das IfK in Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, DIW, umbenannt.

<sup>34</sup> Imperial War Museum Speer Collection Film 22 FD 3039/49 Sc. 342.

überhaupt keine Beziehung. Heute ist jeder Lenkungsbereich aufs engste mit dem DIW durch GRA 3 (Hauptabteilung Planstatistik des Planungsamtes, Leiter Rolf Wagenführ, Anm. d. Verf.) verknüpft. 2. Einblick in die Arbeiten aller konkurrierenden Stellen, da über GRA 3 die entsprechenden Unterlagen jederzeit angefordert werden können. 3. Reichste Sammlung an Material über die gewerbliche Wirtschaft, so daß nach vieljähriger Pause die Möglichkeiten der Branchenbeobachtung endlich wieder hergestellt sind. Das statistische Material, das GRA 3 zufließt, fließt damit auch dem DIW zu. Es wird in absehbarer Zeit in einer solchen Vollständigkeit gesammelt sein, wie das bei keiner anderen zentralen Stelle der Fall ist. 4. Schließlich werden wertvolle Erfahrungen für die allgemeine Lenkungsarbeit gesammelt, die auch auf anderen Gebieten (Arbeitseinsatz, Verkehr, Energie, usw.) nicht ohne Einfluß bleiben können."<sup>35</sup>

Mit dem Anschluß an den Apparat Speers hatte das Institut für sich die Stellung wiedererobert, die es vor 1933 innehatte: Es hatte sich wieder zur kontrollierenden Instanz der staatlichen Wirtschaftsbeobachtung gemacht.

Auf die eigentliche Arbeit von Wagenführs Stab im Planungsamt soll hier nicht eingegangen werden. Einen Überblick geben Wagenführs Memoiren in dem Erinnerungsband des DIW und auch die Autobiographie von Hans Kehrl, seinem Chef.<sup>36</sup>

Hier soll nur festgestellt werden, daß der wesentliche Beitrag Wagenführs und des Planungsamtes zur Führung der deutschen Kriegswirtschaft ein Sinn für den volkswirtschaftlichen Zusammenhang war. Die Pläne der einzelnen Lenkungsbereiche wurden zum ersten Mal so aufgestellt, daß sie prinzipiell aufeinander abgestimmt werden konnten. Alle Produktionsfaktoren, einschließlich Energie und Transportanforderungen, wurden zusammenhängend berücksichtigt. Auch auf die dynamische Kontrolle wurde Wert gelegt. Pläne mußten mit den Daten früherer Planungsperioden und den längerfristigen Planungen abgestimmt werden. Dieser Sinn für die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge, der sich in der sogenannten "Schalttafel" materialisieren sollte - es handelte sich im Prinzip um nichts anderes als eine sehr grobe Input-Output Matrix - war der genuine Beitrag des DIW zum Planungsprozeß. In diesem Sinne lebte der Geist der frühen Konjunkturforschung im Planungsamt fort.

---

<sup>35</sup> IWM Film Reel No. 18, 3038/49 Sec. 182 No. 214 "Umriß der Arbeiten für Präsident Kehrl".

<sup>36</sup> H. Kehrl *Krisenmanager im Dritten Reich* (Düsseldorf 1973). Eine detaillierte Untersuchung auf Grund der Akten des Planungsamtes wird in der Dissertation des Verfassers erfolgen.

#### 4.b.2 Das DIW zwischen den Ministerien

Der Anschluß des DIW an den Planungsstab Speers brachte für das Institut auch Gefahren mit sich. Wie Wagemann in einem Arbeitsprogramm Juli 1944 feststellte:

"Das Institut muß auf scharfe Abgrenzung seiner Arbeiten gegenüber dem Aufgabengebiet anderer Stellen bedacht sein. Es ist seinem Wesen nach nichts anderes als der "Wirtschaftswissenschaftliche Referent" der staatlichen Verwaltung und darf daher unter keinen Umständen von sich aus Politik oder Verwaltungstätigkeit treiben."<sup>37</sup>

Die enge Verbindung mit dem Ministerium Speer setzte das Institut einer Reihe von Spannungen aus. Wie wir wissen, basierte der Erfolg der Forschungsarbeiten des Instituts, abgesehen von hervorragenden Einzelbeiträgen, vor allem auf der arbeitsteilig organisierten

Gemeinschaftsarbeit der Forscher. Wie Wagemann im Juli 1944 formulierte:

"Das Prinzip der Gemeinschaftsarbeit setzt voraus, daß keines der wichtigen Arbeitsgebiete vernachlässigt wird. Die Einbeziehungen und der starke Ausbau der Arbeiten für die industriewirtschaftliche Planung haben Gleichgewichtsstörungen im Aufbau des Instituts mit sich gebracht, die wieder zu beseitigen, gegenwärtig Gegenstand ernster Sorge der Institutsleitung ist."<sup>38</sup>

Als Gegenmittel zu dieser Monokultur plante Wagemann, das Institut stärker auf die Grundlagenforschung auszurichten. Er wollte versuchen, den nicht unerheblichen Rückstand zur angelsächsischen Forschung wettzumachen, der im Laufe des Krieges entstanden war. Im Institutsprogramm für 1944/45 mußte Wagemann konstatieren:

"Im Augenblick besteht ... der paradoxe Zustand, daß wir z.B. über die Struktur des Volkseinkommens und der volkswirtschaftlichen Ausgaben bei unseren Feinden sehr gut, im eigenen Land aber nur recht mangelhaft unterrichtet sind."<sup>39</sup> Für die kommenden Jahre avisierte er also ein großangelegtes Forschungsprojekt über "Die Entwicklung des deutschen Volkseinkommens und seiner Verwendung im Kriege."

---

<sup>37</sup> BAK R 3 / 156 DIW (1944) No. 18 Arbeitsprogramm des DIW Juli 1944.

<sup>38</sup> Ebenda.

<sup>39</sup> Ebenda.

Dieser Vorschlag des Instituts ergänzte die geheimen Nachkriegsplanungen des Reichswirtschaftsministeriums, an denen unter anderem auch Ferdinand Grünig beteiligt werden sollte.<sup>40</sup>

Damit wird ein Problem angeschnitten, das im Verhältnis des Instituts zu den staatlichen Stellen eine immer wichtigere Rolle spielte. In den letzten Jahren des Krieges gab es nämlich keine einheitliche Politik, von der sich das Institut durch stärkere Grundlagenforschung hätte abgrenzen können. Schon im Laufe der dreißiger Jahre war das Machtsystem des Nationalsozialismus in ein polykratisches Gefüge aus rivalisierenden Ministerien, Parteiorganisationen und privaten Interessenverbänden zerfallen.<sup>41</sup> Zwischen diesen Machtblöcken mußte das Institut versuchen, hindurch zu manövrieren. Vor allem mußte es eine Überidentifikation mit dem Ministerium Speer vermeiden.

Die Rivalität zwischen den Ministerien hatte auf die Arbeit des Instituts eine zunehmend nachteilige Wirkung:

Vor allem die Geheimniskrämerei machte dem Institut zu schaffen. Alle Forschungsaufträge waren natürlich strengstens geheim zu halten, und das bedeutete vor allem geheim gegenüber anderen Ministerien! Hochrangige Entscheidungsträger mußten Monate auf die Erlaubnis anderer Stellen warten, Studien des Instituts einzusehen.<sup>42</sup>

Noch absurder wurden die Arbeitsbedingungen, als das DIW dazu übergehen mußte, Forschungsaufträge auch innerhalb des Instituts geheim zu halten. Wissenschaftler, die an verwandten Problemen für verschiedene Ministerien arbeiteten, mußten daran gehindert werden, untereinander zu kommunizieren. Zitat: "In vielen Fällen wird, um Konflikte zu vermeiden, den Bearbeitern gar nicht mitgeteilt, wer den Auftrag gegeben hat. Es sei unmöglich, zu irgendeinem Auftrag besonders Stellung zu nehmen, in dem Sinne, daß man

---

<sup>40</sup> L. Herbst *Der totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft. Die Kriegswirtschaft im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Propaganda 1939-1945.* (Stuttgart 1982), p. 433 ff.

<sup>41</sup> Grundlegend dazu H. Mommsen "Nationalsozialismus" pp. 695-713 in *Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie* Bd. IV (Freiburg 1971) und P. Hüttenberger "Nationalsozialistische Polykratie" pp. 417-442 in *Geschichte und Gesellschaft* 2. Jg. (1976).

<sup>42</sup> BAK R 3 / 156 DIW (1944) No. 34 DIW-Protokoll über die Sitzung des Verwaltungsausschusses 8.11.1944.

beispielsweise auf Irrtümer und Fehler hinweise aus der Kenntnis anderer Aufträge heraus, daß man also die Aufträge der einzelnen Stellen bzw. diese selbst gegeneinander ausspielen. Das Vertrauen, das die Auftraggeber in das Institut mit der Erteilung ihrer Aufträge setzten, würde durch ein derartiges Verfahren gefährdet werden, was unter keinen Umständen eintreten dürfe."<sup>43</sup> Das grundlegende Prinzip der gemeinschaftlichen Forschungsarbeit, war damit in Frage gestellt.

Der Versuch seitens des Instituts, eine organisatorische Lösung dieser Probleme zu erreichen, scheiterte an den verschiedenen Ressortegoismen.<sup>44</sup>

#### 4.b.3 Das DIW und das RWM

In den letzten Jahren des Krieges mauserte sich neben dem Ministerium Speer das Wirtschaftsministerium zur Hauptstelle für die längerfristige und konzeptionelle Planung der deutschen Wirtschaft. Das Ministerium entwickelte ab Ende 1943 ein starkes Interesse an den Instituten der Wirtschaftsforschung. Dieses Interesse des Wirtschaftsministeriums bedeutete für das DIW nichts Gutes.

Die feindliche Haltung des Ministeriums gegenüber dem Institut hatte sich schon in den dreißiger Jahren verfestigt. Sie wurde durch die enge Verbindung des Instituts zum Ministerium Speer verstärkt. Dabei wurde die Person Wagemanns wieder zum Stein des Anstoßes. Im Frühjahr 1944, nach jahrelangen mühevollen Verhandlungen zur Regulierung der Besoldungsverhältnisse im Institut, erwog man im Ministerium, Wagemann endgültig auszuschalten. Letztendlich entschied man sich anders. Die Denkschrift, die dieser Entscheidung zugrunde lag, gewährt einen Einblick in die Einschätzung des Instituts und seines Leiters durch die NS-Bürokratie.

---

<sup>43</sup> BAK R 7/2126 Fiche RWM No. 80, II/1 Dr Lück 30. Okt. 1944 "Bericht über die Besprechungen im DIW am 27. Sep und 4. Oct 1944" und BAK R 7 / 2126 Fiche RWM No. 67 Bericht über die Besprechung im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung am 4. Oct 1944, dated 12.10.1944.

<sup>44</sup> BAK R 3/156 DIW (1944) No. 4 Protokoll über die Sitzung des Verwaltungsausschusses, 30. March 1944.

Die Zähigkeit der Verhandlungen mit dem Institut war, nach Meinung des Referenten im Wirtschaftsministerium,

"... zweifellos auf die ständige persönliche Einwirkung des Präsidenten Wagemann zurückzuführen, die darauf abzielte, insbesondere bei der Besoldungs- und Honorarordnung möglichst viele Unklarheiten und Verschwommenheiten bestehen zu lassen, die es ihm ermöglichen sollten, nach weitgehend freiem Ermessen die Bezahlung der Gefolgschaftsmitglieder des Instituts zu regeln. Dieses Bestreben Wagemanns zeigt sich auf allen Gebieten seiner Institutspolitik. So hat er es bisher immer wieder geschickt zu umgehen gewußt, den amtlichen Stellen Einblick in die Geschäftsführung der zahlreichen in Inland u. Ausland gegründeten Tochter- und Zweiginstitute zu geben, ..."

Widerwillig mußte das Ministerium aber einsehen, daß

"... die hervorragenden Ergebnisse der im Institut geleisteten freien wissenschaftlichen Forschung dem organisatorischen Geschick Wagemanns und seiner Instituts- und Gehaltspolitik, die es ihm ermöglicht haben, sich einen ausgezeichneten Mitarbeiterstab heranzubilden und zu sichern, zuzuschreiben ist. Das Institut in der gegenwärtigen Form trägt so sehr das persönliche Gepräge Wagemanns, daß bei einem Wechsel in der Institutsleitung zweifellos mit einem Absinken des gegenwärtig hohen Leistungsstandes gerechnet werden muß, wenn es nicht gelingt, einen Leiter zu finden, der sowohl fachlich, als auch der Persönlichkeit nach Wagemann ebenbürtig ist."<sup>45</sup>

Weiterhin war zu befürchten, daß nach einem Abgang Wagemanns das Personal des Instituts von den rivalisierenden Stellen abgeworben werden würde und damit der Zusammenhang im Forschungsteam des DIW zerstört würde.

Wagemann war schlichtweg unentbehrlich. Das Ministerium fand sich also gezwungen, ihn gewähren zu lassen und seinerseits eine verstärkte Aufsicht der Arbeit des Instituts zu versuchen. Trotz aller autoritativen Macht, die der Nazi-Staat aufzubringen imstande war, konnte ein Institut wie das DIW nicht einfach zum Werkzeug der staatlichen Politik degradiert werden, ohne gleichzeitig seinen Wert als wissenschaftliches Forschungszentrum zu vernichten. Akzeptanz seiner Autonomie war eine Bedingung für seine erfolgreiche Integrierung in den staatlichen Planungsapparat.

---

<sup>45</sup> BAK R 7 / 2126 Fiche RWM No. 19, Referat I 1/4 Berlin 8. Jan 1944 Bericht von Tetzlaff für Ilgner.

Die Auseinandersetzung zwischen dem Institut und dem Wirtschaftsministerium dauerte noch bis zum Herbst 1944 an, ohne daß das Ministerium eine wirksame Kontrolle über das Institut erlangen konnte.

### **Zusammenfassung:**

Die Geschichte des IfK/DIW zwischen 1925 und 1945 zeigt, wie schwierig und kontrovers sich die Institutionalisierung eines neuartigen Verhältnisses zwischen Wirtschaftswissenschaften und Staat in der Zwischenkriegszeit gestaltete. Das Bedürfnis seitens des Staates nach Ergebnissen empirischer Wirtschaftsforschung wurde schon in den ersten Jahren der Republik deutlich. Angesichts des Versagens der etablierten Nationalökonomie an den Universitäten entstand das Institut für Konjunkturforschung als neuartiges Forschungszentrum. Unter den extremen Bedingungen der Weltwirtschaftskrise und des Verfalls des demokratischen politischen Systems offenbarten sich die strukturellen Spannungen, die in der institutionellen Konstruktion des Instituts angelegt waren. Eine temporäre Lösung dieser Konflikte ergab sich aus der eindeutigen Trennung des Instituts vom staatlichen statistischen Apparat im Sommer 1933. Das entpuppte sich aber ebenfalls für beide Seiten als untragbar. Der staatliche Apparat der Wirtschaftsbeobachtung verfiel mangels wissenschaftlicher Führung. Das Institut war einer bedrohlichen Verknappung seiner Informationsbasis ausgesetzt. In der Phase der Konzentrierung der Kriegswirtschaft fand man sich wieder zusammen. Nun waren aber die politischen Konflikte aus der Öffentlichkeit quasi in das Innere des Staates verlegt. Das Institut kämpfte 3 Jahre lang vergeblich um eine unabhängige Stellung im Mittelpunkt des polykratischen NS-Staates. Der Tanz endete erst mit dem apokalyptischen Untergang des Dritten Reichs.